

Parlament in der Aula

EU-PLANSPIEL Schüler der BBS III stellen ein Gesetzgebungsverfahren nach

Von Lars Reusch

MAINZ. Über Politik und – vor allem – Politiker zu schimpfen, ist schon seit jeher in Mode und wird es wohl auch immer bleiben. Was beim Glas Bier auf dem Stammtisch aber selten zur Geltung kommt: Politik als Beruf ist ein ganz hartes Brot. Die Schüler aus der Jahrgangsstufe 11 am Mainzer Berufsschulzentrum können sich davon inzwischen eine ganz gute Vorstellung machen.

Die jungen Leute haben nämlich an einem Planspiel zum Gesetzgebungsverfahren der Europäischen Union teilgenommen. Dabei wird das gesamte gesetzgebende Verfahren, das sich oft über Jahre zieht, während eines Tages simuliert: die Ausarbeitung eines Gesetzesvorschlags der Europäischen Kommission, Fachdebatten in Ministerrat und Parlament, Änderungsanträge, Lobbyisten-Gespräche, weitere Debatten, bis zur finalen Abstimmung über das Gesetz, das nach dem Durchlaufen dieser vielen Mühen meist ganz anders aussieht als zu Beginn.

Um den Jugendlichen dieses zähe Verfahren näherzubringen, veranstaltet die regionale Vertretung der Europäischen Kommission in Bonn in diesem Schuljahr 32 Gesetzgebungssimulationen an rheinland-pfälzischen und hessischen Schulen. Zu diesem Zweck haben sich nun die Mainzer Berufsschüler bemüht, eine europäische Richtlinie zur Ener-



Beim EU-Planspiel an der Berufsbildenden Schule III nehmen Schüler verschiedene Rollen im Gesetzgebungsverfahren ein.

Foto: hbz/Judith Wallerius

giepolitik auf den Weg zu bringen. Aufgeteilt in Parlament, Ministerrat (bestehend aus den Vertretern der einzelnen Mitgliedsstaaten), Kommission und Lobbyisten, haben die Schüler von morgens bis nachmittags in Versammlungen geredet und gestritten.

Die Aula hat man dazu zum Europäischen Parlament umfunktioniert, Ministerrat und Kommission berieten in Räumen nebenan. Zu Beginn der Simulation verteilten die Spielleiterinnen von der organisierenden Agentur Argumentationshilfen an alle Akteure – sie alle haben unterschiedliche Forderungen

und Argumente, die es irgendwie auf einen Nenner zu bringen gilt. Eine Herkulesaufgabe.

Die einen wollen den Anteil der fossilen Energiegewinnung schneller reduzieren, die anderen mahnen zu Realismus; die Konservativen wollen Atomkraft erst einmal beibehalten, die Grünen lehnen sie ab. Auch in den Details muss Einigung erzielt werden, was oft schwierig genug ist. Bei der vergleichsweise harmlosen Frage, in welchem Maß sich die Energiekonzerne finanziell an der Verbesserung der Reaktorsicherheit beteiligen sollen, wurde man sich am schwersten einig. „Wir sind euch schon entgegen

gekommen, warum macht ihr das nicht auch mal?“, schmetterte die eine Seite der anderen entgegen.

Es kam zwar zum Kompromiss, doch bei der finalen Abstimmung scheiterte das gesamte Projekt trotzdem. Das Parlament lehnte einen Artikel ab, der eine Reduzierung der fossilen Energiegewinnung um gerade einmal 2,5 Prozent vorgibt. Es kam kaum überraschend: Nach sechs Stunden gesetzgebender Arbeit waren die Schüler merklich erschöpft und wollten nach Hause. „Die Politiker“, fügte Spielleiterin Julia Thuncke aber noch hinzu, „haben an dieser Stelle noch lange nicht Feierabend.“